



Erklärung der aktuellen Rechts- Situation:

Seite 1

Zum klaren Verständnis der Rechtslage:

seit dem **13.03.2020** ist Deutschland wieder militärisch voll besetzt, die sogenannte **BRiD**-Regierung wurde mit Datum vom **03.04.2020** abgesetzt.

Am **01.04.2020** wurde durch den US- Botschafter Grenell das Kriegsrecht verkündet.

Aufgrund der ohnehin schon vorhandenen Corona- Panik und anderen sehr wichtigen Umständen, wurde das nur noch nicht der Öffentlichkeit bekannt gegeben.

Voraussichtlich haben die US- Streitkräfte der Militärregierung S.H.A.E.F. ihre Soll- Stärke bis zum **10.04.2020** erreicht um mit den Massen- Verhaftungen zu beginnen.

Und es werden im wahrsten Sinne des Wortes Massenverhaftungen sein!

Unsere Schein- Richter(innen) und Staatsanwälte (innen) sollten aufgrund ihres Jura- Studiums eigentlich wissen, dass ihre fehlende Unterschrift auf allen von ihnen veranlassten kriminellen Schreiben überhaupt keine Bedeutung hat, - keine Unterschrift = keine Haftung ist völlig unsinnig. Selbst wenn sie alles nach 126 BGB unterschrieben hätten, wäre das ihr kleinstes Problem.

Ihr eigentliches Problem kennen sie natürlich selbst, ich zeige hier aber gerne noch einmal auf, dass mir und mittlerweile Millionen Deutschen die wahren Probleme ebenfalls bestens bekannt sind.

Bis zum **17.07.1990** waren die sogenannten Gerichte noch kriminelle Niederlassungen der kriminell errichteten Firma Bundesrepublik Deutschland.

Nichts, rein gar nichts hatte irgendeine Rechtsgültigkeit, nicht einmal geltendes Recht war möglich.

Deshalb wurde mit den Bundes- Bereinigungsgesetzen in den Jahren 2006, 2007 und 2010 auch die gesamte Rechtslage der **BRiD** bis rückwirkend **1956** aufgehoben und für null und nichtig erklärt.

Gemäß **Art. 133 GG** ist die BRD als private Verwaltung in die Rechte und Pflichten der Verwaltungsgebiete (nicht Bundesländer) eingetreten.

Es hat niemals irgendwelche hoheitlichen Rechte und Befugnisse gegeben.

Dazu kam dann das Urteil der Firma Bundes- Verfassungsgericht vom **25.07.2012**, damit wurde der privaten Firma Bundesrepublik Deutschland dann ebenfalls bis rückwirkend **1956** jegliche Legitimation für Regierungstätigkeiten und Gesetzgebung völlig entzogen.

Mit dem **03.10.1990** wurde die private Verwaltungseinheit Bundesrepublik Deutschland aufgelöst. Tatsächlich aber fand die Auflösung bereits am 17.07.1990 durch Streichung des

Art. 23 GG – Geltungsbereich schon statt.

Israel (B´nai B´rith) und der **Vatikan** gründeten dann aber sofort in Washington DC ein neues privates Unternehmen mit der Bezeichnung – **Bundesrepublik in Deutschland**. –

Die korrupten Politiker des tiefen Staates (Faschismus) haben natürlich gern mitgespielt.

Völlig nahtlos hat dann das neue private Unternehmen mit fast gleicher Bezeichnung

- **Bundesrepublik in Deutschland** – das kriminelle Spiel weiter geführt.

Aus Sicherheitsgründen und auch aus Haftungsgründen hat die neu gegründete **BRiD** sich dann auf das beschlagnahmte US- Territorium – Berlin – zurückgezogen.

Juristisch „regierte“ die **BRiD** vom Ausland aus!

Ab dem **18.07.1990** haben dann alle aufgelösten Niederlassungen der ehemaligen **BRD** ihre kriminellen Amtsniederlassungen in private Firmen Konstrukte als Aktiengesellschaften umgewandelt. Registriert und angemeldet in den USA, im Bundesstaat Delaware als Briefkastenfirma.



Erklärung der aktuellen Rechts- Situation:

Seite 2

Erst seit **1993** durch Änderung der Postleitzahlen von 4 auf 5 stellig haben diese mittlerweile fast 47.000 US- Briefkasten- AGs, die sich hier als Behörden, Ämter, Städte und Gemeinden ausgeben zumindest eine Postanschrift auf deutschem Boden.

Die Gebäude die von all diesen US- Firmen als Ämter und Behörden betrieben werden, befinden sich völlig illegal auf deutschem Boden, über mehr als eine Postanschrift (Postfach) verfügen diese nicht.

Das Amtsgericht **BUXTEHUDE** hat mit dem Amtsgericht **STADE** oder dem Amtsgericht **ZEVEN** rein gar nichts zu tun, es handelt sich hier um 3 völlig verschiedene, voneinander unabhängige Aktiengesellschaften mit unterschiedlichen Eigentümern.

Das ist wie Mc Donalds und Burger King, beide verkaufen das gleiche Produkt haben aber völlig fremde Eigentümer.

Und so sieht es bei allen Gerichten, Behörden, POLIZEI, Städten, Gemeinden usw. aus.

Jedes dieser rd. 47.000 Unternehmen ist eine selbstständige, private US- Aktiengesellschaft, die lediglich über eine Postanschrift auf deutschem Boden verfügt.

Im Grunde genommen ist dies auch völlig logisch, seit **1914** – Ausrufung des Notstandes (Kriegsrecht) ist der Staat – **Deutsches Reich von 1871** – mit allem was dazugehört eingefroren. Bis zur Aufhebung des Notstandes bleibt nach gültigem Völkerrecht alles im Stand von 1914.

Es kann kein neuer Staat draufgesetzt werden, niemand kann hoheitliche Rechte oder Befugnisse verleihen, Änderungen der Gesetze und Personenstandsrechte sind unmöglich.

Deshalb spielen die Fälschungen von Merkel 2010 und die von Schröder überhaupt keine Rolle.

Hier geht es nicht einmal um Vertragsrecht, um UCC / Admiralty Law, nicht einmal das dürfen sie auf deutschem Boden zur Anwendung bringen.

Dabei spielt es nicht einmal eine Rolle, dass ihnen mit den gesamten Gesetzesgrundlagen unter anderem auch das BGB und die StPO völlig entzogen wurden, ohne diese ist das Privatrecht nicht einmal möglich.

Die privaten Firmem, die Arbeitgeber dieser Schein- Beamten z. B. die Firma – **AMTSGERICHT BUXTEHUDE** - existiert gerade Mal durch eine **Postanschrift**, ein Postfach auf deutschem Boden. Die illegale Betreibung einer Firma z. B. Amtsgericht Buxtehude entspricht der Betreibung einer illegalen, kriminellen Organisation.

Die einzige Verbindung zwischen der kriminellen Organisation **Amtsgericht Buxtehude** und der im „Ausland“ (Berlin) ansässigen, kriminellen Firma **Bundesrepublik in Deutschland AG** besteht darin, dass die **BRiD** mit **52%** der Haupt- Aktionär der Firma Amtsgericht Buxtehude ist.

Dies habe ich aber bereits in diversen Artikeln detailliert beschrieben und aufgeschlüsselt.

Die Gerichte z. B. verurteilen tote Sachen = jur. PERSONEN – und fordern dann von dem Menschen, dass er die Haftung für diese vom „GERICHT“ geschaffene, tote Sache übernimmt.

Alles basiert auf Betrug, auf deutschem Boden sind diese Betrügereien sogar schwerste Kriegsverbrechen begangen von deutschen, bezahlten Kollaborateuren ohne Vertrags oder Rechtsgrundlage.

Niemand von diesen Richtern oder Staatsanwälten (innen) kann irgendeine Legitimation nachweisen, jur. handelt es sich nach **Kriegsrecht** um marodierende Horden.

Und tatsächlich stehen wir seit 1914 bis zum heutigen Tag unter Kriegsrecht.



Erklärung der aktuellen Rechts- Situation:

Seite 3

Zusätzlich zum Kriegsrecht des deutschen Reiches haben die US- Streitkräfte am 01.04.2020 ebenfalls das Kriegsrecht ausgerufen zu ihrer Besetzung seit dem 13.03.2020.

Nur so nebenbei bemerkt, auf deutschem Boden gibt es seit 1848 Pauls Kirchen- Verfassung bzw. seit der Kaiserlichen Verfassung von 1871 keine jur. PERSONEN mehr.

Die Verfassungen haben aufgrund der Notstandsgesetze von 1914 bis zum heutigen Tag volle Gültigkeit.

Mit der Romanus Pontifex vom **21.06.2011** wurde die jur. PERSON vom Vatikan aufgelöst.

Der Vatikan selbst wurde am **25.12.2012** durch den OPPT- Act aufgelöst.

Nur noch als Unternehmen – Großhandel für Elektrogeräte – existent.

Die Welt ist schon verrückt.

Den Juristen sollte eigentlich klar sein, hier geht es nicht um Unterschriften unter irgendwelchen Urteilen, Steuerforderungen oder sonst irgendetwas.

Alle Mitarbeiter dieser fast 47.000 Unternehmen haben bis zum heutigen Tag die Funktion als

Besitzer des Deutschen Reiches gegen Bezahlung ausgeübt.

Geraubt, geplündert, Terrorisiert usw. für den Vatikan und Israel, die Eigentümer der **BRiD**.

Fehlende Unterschriften sind da lächerlich, hier geht es jetzt um Plünderungen in einem besetzten Kriegsgebiet unter Kriegsrecht, Hochverrat, Kollaboration, Beihilfe zum Genozid des deutschen Volkes.

Es handelt sich um plündernde Privat- Personen, denen nicht einmal das Privatrecht / Handelsrecht erlaubt ist.

Wie sagte Seehofer am 16 Dez. 2018 öffentlich im Fernsehen?

Es gilt zurzeit keine Ordnung — es gilt kein Vertrag — es gilt kein Gesetz — „ich hätte mir nie vorstellen können, dass ich mich während meiner politischen Laufbahn als Ministerpräsident von Bayern rechtfertigen muss, wenn ich beabsichtige den Rechtsstaat wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen....“

Sie mussten es öffentlich verkünden und wie kann es bei Seehofer anders sein, nur mit verlogener Geplapper von einem „Staat“, „Rechtsstaat“, was es hier seit 1918 nicht mehr gegeben hat.

Die kommenden Massenverhaftungen haben den Hintergrund, das Reich wieder handlungsfähig zu stellen.

Die Deutschen Mitarbeiter (**Besitzer gegen Bezahlung**) sind im ersten Zug nicht davon betroffen, die werden sich später vor einem Reichs- Kriegsgericht verantworten müssen.

Die Bundesrepublik Deutschland und auch die Bundesrepublik **in** Deutschland hatten noch niemals irgendetwas mit den Deutschen Völkern zu tun.

Bundes- Verfassungsgericht:

Die Bundesrepublik Deutschland hat kein Recht für Deutschland zu handeln.

US – Außenminister Mike Pompeo

Die Bundesrepublik Deutschland hat kein Recht für Deutschland zu handeln.

EuGHfMR und IGH am 08.06.2006

Die Bundesrepublik Deutschland ist als Staat nicht existent.

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsgebiet.



Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über kein Staatsvolk.

Seite 3 / 6

Erklärung der aktuellen Rechts- Situation:

Seite 4

S.H.A.E.F. Gesetze:

III.

Alle deutschen Gerichte, Unterrichts- und Erziehungsanstalten innerhalb des besetzten Gebietes werden bis auf Weiteres geschlossen. Dem Volksgerichtshof, den Sondergerichten/ den SS Polizei-Gerichten und anderen außerordentlichen Gerichten wird überall im besetzten Gebiet die Gerichtsbarkeit entzogen. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Straf- und Zivilgerichte und die Wiedereröffnung der Unterrichts- und Erziehungsanstalten wird genehmigt/ sobald die Zustände es zulassen.

Die Zustände haben es bis zum heutigen Tag nicht zugelassen!!!

Die Rangordnung der Rechtsnormen im "Staat" BRD

Für das Verständnis dieses Textes ist es nützlich den Rang der Rechtsordnungen zu kennen. Internationales Recht steht z.B. über den Gesetzen der Bundesrepublik und damit auch über dem Grundgesetz.

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Artikel 25 Grundgesetz (GG)

Über dem Bundesrecht und damit Grundgesetz stehen z.B.:

1. Internationales Recht

- Menschenrechtskonventionen bzw. Menschenrechtsabkommen
- Staats- und Völkerrecht
- Haager Landkriegsordnung (HLKO) - Völkerkriegsrecht
- Besatzungsrecht
 - SHAEF-Gesetze
 - SMAD-Befehle
 - Alliierte Kontrollratsgesetze
 - Gesetze der Alliierten Hohen Kommission
 - Besatzungsstatut

Von irgendwelchen Bundesgesetzen ist hier keine Rede, nur von Bundesrecht = Verwaltungsrecht.

Und auch da durften nur jur. PERSONEN verwaltet werden.
Deshalb auch der Betrug mit dem PERSONAL- Ausweis,

Das Staats und das Völkerrecht durfte und darf die **BRD / BRiD** – Verwaltung noch niemals anwenden da es sich lediglich um ein privates Unternehmen handelte, dass über keinerlei hoheitliche Rechte und Befugnisse verfügte.

Dass Völkerrecht darf ohnehin nur von einem Staat zur Anwendung gebracht werden, deshalb findet das Völkerrecht auch weltweit keine Anwendung weil alle Völker dieser Welt von ihren Regierungen um ihre Rechte betrogen wurden.



Alle **Länder** dieser Welt wurden ab 1942 durch Hochverrat der Politiker zu privaten, korrupten und kriminellen Handelsunternehmen umfunktioniert, es gibt keine Staaten mehr.

Seite 4 / 6

Erklärung der aktuellen Rechts- Situation:

Seite 5

Die Militärregierung und seine SHAEF-Gesetze

Das Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces (SHAEF) war im 2. Weltkrieg das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa. Oberster Befehlshaber war der Amerikaner Dwight D. Eisenhower. Das SHAEF war die so genannte Militärregierung für Deutschland, welche Militärgesetze herausgab. Bereits am 15.11.1944, ein halbes Jahr vor der Kapitulation der Wehrmacht, wurde das SHAEF-Gesetz Nr. 3 verabschiedet. Es besagt in Absatz 3, dass dieses Gesetz mit der Besetzung in Kraft tritt. Die Militärregierung hatte sich demzufolge schon deutlich vor der Kapitulation organisiert und Gesetze erlassen. Die SHAEF-Gesetze waren die wohl bedeutendsten Gesetze, die die Militärregierung der Alliierten erlassen haben. Sie regelten z.B.:

- Die Aufrechterhaltung der Kontrolle über das besetzte Gebiet
- Das Fortbestehen des Deutschen Reiches
- Die Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze seit dem 30.01.1933 (Gesetz Nr. 1)
- Die Schließung von Gerichten und Verwaltungsbehörden (Gesetz Nr. 2)
- Die Entnazifizierung Deutschlands (Gesetz Nr. 4 und 7)
- Das gesetzliche Zahlungsmittel - Alliierte Militär-Mark (Gesetz Nr. 51)
- Die Enteignung - Sperre und Beaufsichtigung von Vermögen (Gesetz Nr. 52)

Durch die SHAEF-Gesetze der Militärregierung, insbesondere Gesetz Nr.1 welches die nationalsozialistischen Gesetze aufhob, trat automatisch wieder die Weimarer Verfassung in der Fassung vor dem 30.01.1933 in Kraft. Die enthielt keine Änderungen der Nazis. Proklamation Nr.2, Abschnitt III, Abs. 7a besagt, dass die diplomatischen, konsularen, Handels- und andere Beziehungen des Deutschen Reiches aufhörten zu bestehen. Es ist nicht von der Auflösung des Deutschen Reichs die Rede. Das Deutsche Reich bestand weiter! In SHAEF-Gesetz Nr. 52, Artikel VII, Abs. 9e ist auch der Begriff Deutschland definiert:

Da steht es klar und deutlich, Aufhebung der Nationalsozialistischen Gesetze seit dem 30.01.1933 Gesetz Nr. 2.

Und was machen diese Schein- Richter und Staatsanwälte, sie verhängen Beuge / Erzwingungshaft. Schwere Verstöße gegen die S.H.A.E.F. – Gesetzgebung, gegen Kontrollratsgesetze, gegen das Völkerrecht, gegen die Genfer Konventionen.

Was ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik?

Das Grundgesetz ist eine grundsätzliche Regelung auf militärisch besetztem Gebiet. Ein Gesetz, dass für Ruhe und Ordnung sorgt und die Struktur eines besetzten Gebietes organisiert. Es ist ein Provisorium für eine bestimmte Zeit.

Die Haager Landkriegsordnung welches das Verhalten einer Besatzungsmacht regelt sagt dazu in Artikel 43:

"Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Die Landesgesetze, welche zu diesem Zeitpunkt die Weimarer Verfassung war, wurden bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes missachtet und stattdessen wurde das GG, auf Anordnung der Militärgouverneure, auf der Grundlage des Besatzungsstatuts geschaffen. Es ist damit das Recht der Alliierten.



Erklärung der aktuellen Rechts- Situation:

Seite 6

Dieses Grundgesetz wurde am 17.07.1990 durch Streichung des Art. 23 – Geltungsbereich – aufgehoben und gelöscht.

Die private, exterritoriale Firma **Bundesrepublik in Deutschland** mit Israelischen und Vatikanischen Eigentümern hat dieses GG dann zu ihrer Verfassung erklärt.

Das ist aber nebensächlich, es geht niemanden etwas an, wenn ein rein privates Unternehmen, das weder über ein Staatsgebiet noch über ein Staatsvolk verfügt, als Staat auch nicht existent ist, sich eine Verfassung gibt.

Und wenn dann dieser Konzern (**BRiD**) an fast 47.000 anderen privaten Konzernen mit einem Aktienanteil von jeweils 52 % beteiligt ist, kann keine strafbare Handlung erkannt werden.

Wenn dann diese fast 47.000 privaten Unternehmen mit ihren vielen privaten Mitarbeitern (Kollaborateuren) dann in einem Kriegsbesetzten Gebiet, das unter Kriegsrecht steht, rauben und plündern weil sie glauben bzw. dem Volk glauben machen, diese private **BRiD** wäre der Staat und sie wären hoheitsberechtigte Beamte, die dazu befugt wären, dann sind Unmengen an strafbaren Handlungen, an Kriegsverbrechen zu sehen.

Niemand kann einen Amtsausweis vorlegen,
niemand kann eine staatliche Bestallungsurkunde vorlegen,
niemand kann nachweisen für welchen Staat er tätig ist,
niemand unterschreibt seine Straftaten.

Und dann behaupten, man habe das alles nicht gewusst!???
Unglaublicher geht es schon nicht mehr.

Ohne Friedensverträge ist ein souveränes Staatswesen nicht möglich, diese Friedensverträge sollen im Mai geschlossen werden.

Und dann werden die Kriegsverbrechen aufgearbeitet.



Gefangenentransporter - Spindler
Würzburg Auslieferung: 04.04.2019



Kunde: Spindler GmbH & Co KG
Basisfahrzeug: VW T6
Basistyp: Ausbau
Ort: Würzburg
Land: Deutschland

